

IGI: Rat mehrheitlich für Verfahrensstart

Warthausen bittet die Verwaltungsgemeinschaft gleichzeitig um weitere Gutachten



Das interkommunale Industriegebiet (IGI) im Rißtal, das nördlich von Herrlishofen entstehen soll, ist umstritten.

Foto: Markus Dreher

Warthausen mad Es ist ein Schritt von vielen, nach Aussagen der Befürworter aber noch keine Entscheidung über das umstrittene interkommunale Industriegebiet (IGI) Rißtal bei Herrlishöfen: Bürgermeister Wolfgang Jautz wird als Vertreter der Gemeinde Warthausen am 16. Mai im gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Biberach dafür stimmen, das Verfahren für die 5. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) 2020 einzuleiten. Den Auftrag hierzu erteilte ihm der Gemeinderat am Montagabend mit elf Ja-Stimmen bei drei Gegenstimmen.

Der Rat ergänzte den Beschluss um einen Passus: Demnach soll Jautz für die Gemeinde bei den zuständigen Stellen beantragen, dass die VG gleichzeitig mit dem Startschuss fürs FNP-Änderungsverfahren ein weiteres Umweltgutachten und ein Gutachten zum Schutzgut Wasser durch ein unabhängiges Büro in Auftrag gibt. Der Gemeinderat Franz Schuy hatte dies vorgeschlagen, „um den Bürgern aus Höfen zu zeigen, dass der Gemeinderat ihre Sorgen ernst nimmt“. Bei einer Enthaltung befürwortete der Rat dies einhellig.

Wie berichtet, hatten IGI-Gegner zuvor per Einwohnerantrag verlangt, der Rat solle einen Beschluss zum FNP zurückstellen, bis 14 von der Bürgerinitiative Schutzgemeinschaft Rißtal gestellte Forderungen erfüllt sind. Dazu sagte Jautz unter Berufung auf eine Auskunft der Kommunalaufsicht im Landratsamt, dass der Einwohnerantrag und der Beschluss über das

Abstimmungsverhalten Warthausens im Ausschuss der VG als zwei getrennte Vorgänge zu betrachten seien.

Der Einwohnerantrag nach Paragraf 20b der Gemeindeordnung wurde am Montagabend nicht behandelt, der Rat wird erst später über dessen Zulässigkeit und gegebenenfalls über die inhaltlichen Punkte beraten. Die Hauptamtsleiterin Anja Kästle sagte, der Einwohnerantrag sei vollständig und mit den erforderlichen Originalunterschriften am Tag der Sitzung im Rathaus eingegangen. Jautz gab bekannt, dass außerdem drei weitere Schreiben von Bürgern eingegangen seien.

„Kein Machtspiel“

Jautz sagte, es gehe bei diesem Vorgehen nicht darum, Macht auszuspielen. Der Gemeinderat habe eine Gesamtaufgabe wahrzunehmen „und über die gilt es eine Entscheidung zu treffen“. Er betonte weiter, dass nächsten Dienstag im Ausschuss der VG nur der Startschuss für die FNP-Änderung fallen solle. Im weiteren Verfahren würden die von den Bürgern aufgeworfenen Fragen und Informationsbegehren aufgegriffen. Aus seiner Sicht muss das als sensibel betrachtete Thema Wasserschutzgebiet eine Hauptrolle spielen. Den Hochwasserschutz hält Jautz für weniger problematisch. Er projizierte die Hochwassergefahrenkarte an die Wand und sagte, das fürs IGI ins Auge gefasste Areal liege nicht in der Gefahrenzone. Problematische Zonen lägen westlich der Bahnlinie. Abschließend rief Jautz dazu auf, an der Sache orientiert zusammenzuarbeiten. „Mir liegt es am Herzen, dass das Miteinander in der Gemeinde nicht leiden darf.“

Die Sitzung war aufgrund des erwartbaren Andrangs in die Festhalle verlegt worden. Schätzungsweise grob 100 Zuhörer verfolgten die Beratung zu diesem Punkt, ein Großteil davon verließ nach der Abstimmung den Saal. Bürgermeister Jautz hatte zuvor darauf hingewiesen, dass der nächste Tagesordnungspunkt der Lärmaktionsplan sei und das Thema Verkehr im Zusammenhang mit dem IGI ebenfalls eine Rolle spiele.